

## Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages am Mittwoch, 29.09.2021, 17:00 Uhr,  
im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow.

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 20:10 Uhr

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 09. Juni 2021 - öffentlicher Teil
4. Einwohnerfragestunde
5. Geschäftsbericht des Landrates
- 5.1. Würdigung des Engagements der im Hochwassergebiet in Rheinland-Pfalz eingesetzten Feuerwehrkameraden sowie Gelegenheit zum Bericht aus erster Hand
6. Beratung und Beschlussfassung: Finanzielle Unterstützung des Landkreises Oder-Spree für von der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz betroffene soziale Einrichtungen, Beschlussvorlage: 042/2021
7. Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat
8. Sachstand infrastrukturelle Anbindung bei der Ansiedlung der Tesla Gigafactory
9. Beratung und Beschlussfassung: Resolution des Kreistags Oder-Spree an die Landesregierung - Finanzielle und personelle Unterstützung für Kommunen im Umfeld von Tesla, Antrag: 17/BVB/Freie Wähler/2021
10. Beratung und Beschlussfassung: Effektive Beseitigung illegaler Müllablagerungen, Antrag: 15/SPD/2021
11. Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung des Kreisstrukturfonds von 1 Mio. Euro auf mind. 2 Mio. Euro bis zu 3 Mio. Euro, Antrag: 19/Fraktionen/21/1
12. Beratung und Beschlussfassung: Fahrradweg von Diehlo bis Möbiskrüge straßenbegleitend zur L 43, Antrag: 20/AfD/2021
13. Beratung und Beschlussfassung: Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages, Antrag: 21/DIE LINKE.PIRATEN/21
14. Beratung und Beschlussfassung: Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung KWU, Beschlussvorlage: 031/2021
15. Beratung und Beschlussfassung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung (AES), Beschlussvorlage: 034/2021
16. Beratung und Beschlussfassung: Änderung des Beschlusses „Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Grund- und Gesamtschule Bad-Saarow“, Beschluss-Nr.: 45/27/97 vom 18.06.1997, Beschlussvorlage: 027/2021

17. Beratung und Beschlussfassung: Änderung des Beschlusses „Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Gesamtschule Müllrose“, Beschluss-Nr.: 17/27/97 vom 18.06.1997, Beschlussvorlage: 028/2021
18. Beratung und Beschlussfassung: Änderung des Beschlusses „Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Gesamtschule Storkow“, Beschluss-Nr.: 37/27/97 vom 18.06.1997, Beschlussvorlage: 029/2021
19. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss für die Sanierung und Erweiterung der Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde, Beschlussvorlage: 030/2021
20. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6744, Abschnitt 015, freie Strecke Dahmsdorf – Reichenwalde und eines Teils der OD Dahmsdorf in der Gemeinde Reichenwalde, Beschlussvorlage: 036/2021
21. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatz- und Baubeschluss zum Neubau Radweg - Alte Poststraße in Erkner, Beschlussvorlage: 032/2021
22. Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines Übungsgeländes für das Feuerwehr- und Katastrophenschutz Technische Zentrum (FKTZ), den Umbau einer Klimazentrale zu Aufenthaltsräumen sowie die Erweiterung bestehender Außenanlagen für das Archiv-, Lese- u. Medienzentrums (ALM), Beschlussvorlage: 041/2021
23. Beratung und Beschlussfassung: Förderung der denkmalpflegerischen Einzelmaßnahme Moorstraße 10 in Bad Saarow, Einzeldenkmal „Atelierhaus Thorak“, Beschlussvorlage: 037/2021
24. Beratung und Beschlussfassung: Beteiligung des Landkreises Oder-Spree an der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH, Beschlussvorlage: 035/2021
25. Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung des Stammkapitals der Seniorenheime des LOS gGmbH, Beschlussvorlage: 039/2021
26. Beratung und Beschlussfassung: Außerplanmäßige Auszahlungen für Planungsleistungen für die Errichtung einer Radwegeüberführung über die L 38, Abs. 110, zwischen Station 2,0 und 2,2, Beschlussvorlage: 040/2021
27. Beratung und Beschlussfassung: Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2022, Beschlussvorlage: 026/2021
28. Veränderungen in den Ausschüssen/Information des Landrates

## **II. Nichtöffentlicher Teil:**

1. Beratung und Beschlussfassung: Genehmigung einer Eilentscheidung des Landrates nach § 58 BbgKVerf - Tierseuchenbekämpfung im Landkreis Oder-Spree - Bau eines Festzaunes gegen die Afrikanische Schweinepest, Beschlussvorlage: 038/2021
2. Beratung und Beschlussfassung: Einstellung eines Amtsleiters/In für das Amt 65 Infrastruktur und Gebäudemanagement, Beschlussvorlage: 043/2021

## I. Öffentlicher Teil:

### **Zu TOP 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Berger, Vorsitzender des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, eröffnet die 13. Sitzung des Kreistages des Landkreises Oder-Spree und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

***zur Kenntnis genommen***

### **Zu TOP 2      Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Aulich bittet, den Antrag 20/AfD/2021 unter TOP 12 vorerst in den Ausschüssen zu behandeln und von der Tagesordnung zu streichen.

Weitere Änderungen gibt es nicht, um Abstimmung über die Tagesordnung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

### **Zu TOP 3      Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 09. Juni 2021 - öffentlicher Teil**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

***einstimmig zugestimmt***

*Enthaltung 4*

### **Zu TOP 4      Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner zur Fragestunde vor Ort. Der nächste TOP wird aufgerufen.

***zur Kenntnis genommen***

### **Zu TOP 5      Geschäftsbericht des Landrates**

Der Geschäftsbericht ist Anlage des Protokolls.

***zur Kenntnis genommen***

### **Zu TOP 5.1      Würdigung des Engagements der im Hochwassergebiet in Rheinland-Pfalz eingesetzten Feuerwehrkameraden sowie Gelegenheit zum Bericht aus erster Hand**

Der Landrat begrüßt den Kreisbrandmeister, Herrn Karsten Wittkowski, in Vertretung für Herrn Klaus-Peter Schulz, und die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises aus den Gemeinden Grünheide, dem Amt Schlaubetal, der Gemeinde Schöneiche und der Stadt Stor-

kow und heißt diese herzlich willkommen. Weiterhin begrüßt er den Vorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbandes, Frank Kersten. Die Worte des Landrates sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Stephan Werner von der FFW Grünheide und Herr Norman Elsner erhalten das Wort und schildern beeindruckend mittels Präsentation den Einsatz der Kameraden im Katastrophengebiet. Beide heben die sehr gute Zusammenarbeit mit dem THW, der Bundeswehr sowie allen anderen Einsatzkräften hervor, berichten von dem erstaunlichen Zuspruch und der Unterstützung der einheimischen Bevölkerung und sprechen nochmals ihren Dank aus.

Es erfolgt eine Schweigeminute für die Opfer der Katastrophe.

Im Anschluss überreichen der Vorsitzende des Kreistages, Herr Dr. Berger, der Landrat, Herr Lindemann, und Herr Buhrke, Beigeordneter und Dez.-leiter des Dez. II, an die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Ehrenurkunden und Ehrenplaketten des Landkreises Oder-Spree.

#### **Zu TOP 6      Beratung und Beschlussfassung: Finanzielle Unterstützung des Landkreises Oder-Spree für von der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz betroffene soziale Einrichtungen, Vorlage: 042/2021**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die Würdigung der Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, deren beeindruckende Schilderung des Einsatzes und bringt zum Ausdruck, dass er davon ausgehe, dass man bezüglich der Unterstützung nicht diskutieren müsse.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht; um Abstimmung wird gebeten.

Im Anschluss verkündet der Landrat den aktuellen Spendenstand:  
Neben den Zuwendungen des Landkreises gebe es einen Stand in Höhe von 44.051 Euro. Er sehe es als positives Zeichen der Verbundenheit.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, aus dem Kreishaushalt einen Betrag von 200 T€ aus dem Kreishaushalt zur Unterstützung der Hochwasserregion an die betroffenen Gemeinden zu leisten und beauftragt die Verwaltung, die entsprechende außerplanmäßige Auszahlung vorzunehmen.

***einstimmig zugestimmt***  
*Nein 0 Enthaltung 0*

#### **Zu TOP 7      Beantwortung von Anfragen aus dem Kreistag durch den Landrat**

Die Anfragen und Antworten sind Anlage des Protokolls.

Weitere Ausführungen gibt es nicht.

***zur Kenntnis genommen***

## **Zu TOP 8 Sachstand infrastrukturelle Anbindung bei der Ansiedlung der Tesla Gigafactory**

Der Landrat führt aus, dass es eine aktuelle Bestandsaufnahme gegeben habe unter Abgleich mit dem ursprünglichen Anforderungskatalog mit der Überschrift „Grow together“, den er im Kreistag am 23.06.2020 vorgestellt hat. Diese Aufgabe sei sehr umfangreich gewesen und er bedanke sich bei Frau Teltewskaja und Herrn Gehm sowie deren Mitarbeitern für das Ergebnis.

Herr Wuttke moniert die im Bericht erwähnte, veraltete Variante der Ortsumfahrung der Gemeinde Gosen – Neu Zittau mit Verbindung zur A 10, AS Freienbrink. Er hätte einen Vorschlag unterbreitet, der den Anschluss an die ehemalige L 39 und einer erneuten Autobahnanbindung beinhaltete. Eine andere Möglichkeit sehe er nicht.

Herr Dr. Pech zeigt sich erstaunt; der Landrat hätte den Auftrag seitens des Kreistages erhalten, darauf hinzuwirken, dass es eine Lösung für den Bereich Gosen – Neu Zittau geben sollte. Er entnehme dem Sachstandsbericht, dass der Landrat gegenüber den zuständigen Aufgabenträgern in diesem Sinne auch wirksam geworden sei bzw. darauf gedrängt habe. Im Bericht stehe jedoch, dass durch den Landesbetrieb Straßenwesen keine Absicht bestehe, in dieser Richtung tätig zu werden. Die Details einer möglichen Regelung müssten also gegenüber der Landesregierung klar zum Ausdruck gebracht und die nachgeordneten Behörden aufgefordert werden, in diesem Sinne zu wirken. Daher habe seine Fraktion den Änderungs- bzw. Dringlichkeitsantrag zu TOP 9 eingereicht, gegenüber dem Ministerpräsidenten die Forderung des Kreistages zu erheben. Es gehe nicht um eine Variante, sondern um eine Lösung.

Herr Dr. Zeschmann ergänzt, dass er bereits einen Vorschlag unterbreitet hätte, da auch er sich nicht mit der Antwort des Landesbetriebes Straßenwesen einverstanden erkläre. Er spreche sich für eine südliche Umgehung der Gemeinde Gosen – Neu Zittau bis Burich aus; eine Variante der Autobahnanbindung müsse folgen.

Herr Fachtan bringt zum Ausdruck, dass er einen Widerspruch sehe: „Tesla baut fertig; die Anderen bauen nichts.“ Laut Planung sollte das Projekt am 01.07.2021 fertig und in Betrieb genommen werden; jedoch zum 01.07.2021 sei keine Straße, keine Haltestelle etc. gebaut, nicht einmal fertig geplant worden. Er stelle insoweit die Überlegungen der Landesregierung und das Bewusstsein über die Folgen einer Ansiedlung der Fa. Tesla in Frage. Er verleihe dem Appell an die Landesregierung Nachdruck.

- Pause, wegen fehlender Internetverbindung -

## **Zu TOP 9 Beratung und Beschlussfassung: Resolution des Kreistages Oder-Spree an die Landesregierung - Finanzielle und personelle Unterstützung für Kommunen im Umfeld von Tesla Vorlage: 17/BVB/Freie Wähler/2021**

Herr Dr. Zeschmann bezieht sich auf die Diskussion zu TOP 8 und spricht sich dafür aus, dass der Antrag, der sich auf die Umfeldentwicklungskonzeption für den sogenannten Kooperationsraum von Tesla beziehe, durch den Änderungs-/Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN ergänzt werden sollte. Er sehe in der Verkehrs- und Wasserproblematik „Knackpunkte“ des Konzeptes.

Er fordere zur Zustimmung zum Antrag auf, es dürfe kein Zeitaufschub zugelassen werden, denn der gesamte Landkreis Oder-Spree und alle beteiligten Kommunen, die im Kooperationsraum liegen, benötigten Hilfestellung zur Umsetzung des Umfeldkonzeptes. Als weitere Beispiele

le erwähnt er den Schul-, Kita, Sportplatz- und Wohnungsbau. Allen müsse bewusst sein, dass in den Kommunen nicht ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden.

Herr Dr. Pech weist auf den Sachstandsbericht (TOP 8) hin; ihm sei deutlich geworden, dass der Kreistag dringend in der Frage der Verkehrssituation in dieser Region tätig werden müsse. Die Zeit sei nicht aufzuhalten, die Betroffenheit der Menschen sei allgegenwärtig und würde bei Produktionsbeginn härter. Auch bei Trennung der Zuständigkeiten, müsse bedacht werden, dass die Bevölkerung in Richtung Aufgabenerfüllung durch den Kreistag blicke. Er sehe in dem Antrag eine Pflichterfüllung gegenüber den Bürgern des Landkreises und bitte, dem Änderungsantrag – in Form der Extraabstimmung - zuzustimmen, da dieser weitere Probleme aufgreife und den ursprünglichen Antrag abrunde.

Herr Fachtan ergänzt, dass sich die Verkehrssituation für die Einwohner dieses Bereiches bereits zu diesem Zeitpunkt unerträglich gestalte und es dürfe nicht vergessen werden, dass sich der Sachverhalt auf die gesamte Infrastruktur beziehe. Planungen stünden aus; es gebe keine Bauvoranfragen, Kitas oder Wohnungen stünden nicht zur Verfügung. Entsprechend müsse bei Produktionsbeginn mit einer zusätzlichen Verkehrsbelastung allein durch an- und abreisende Mitarbeiter gerechnet werden. Er befürworte beide Anträge; es bestehe dringend Handlungsbedarf.

**Antrag zur Geschäftsordnung** des Herrn Dr. Pech (Fraktion DIE LINKE.PIRATEN):

Im Ergebnis der Diskussion bittet er den Änderungsantrag als Dringlichkeitsantrag zu behandeln und darüber abzustimmen.

Herr Dr. Zeschmann spricht sich für die Zusammenführung beider Anträge aus.

Herr Papendieck befürworte beide Anträge; es bestehe dringend Handlungsbedarf von Seiten des Kreistages.

Frau Scheufele bringt im Namen ihrer Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Ausdruck, dass sie beide Anträge in Frage stelle, da sie ein zusätzliches Verkehrsvolumen sehe, was sie nicht befürworte.

Herr Lindemann mahnt zu einer möglichst geschlossenen Willensbildung gegenüber der Landesregierung. Die Resolution müsse als einheitliches politisches Statement abgegeben werden, um eine klare Reaktion der Landesregierung zu erhalten und den politischen Willen hervorzurufen, die angemahnten Infrastrukturinvestitionen auch zügig in Gang zu bringen.

Nach kurzer Pause und Rücksprache gibt der Vorsitzende die Verfahrensweise bekannt: Es erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN und im Falle der Zustimmung die Abstimmung über den Antrag 17/BVB/Freie Wähler/2021.

Es wird darauf hingewiesen, dass zwei Abgeordnete über Telefon der Sitzung beiwohnen und es eines Beschlusses bedürfe, dass diese per Telefon abstimmen dürfen.

Um Abstimmung wird gebeten: *einstimmig zugestimmt*.

Es erfolgt

1. die Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN:  
Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: 5, Enthaltung: 7,

2. die Abstimmung über den Antrag 17/BVB/Freie Wähler/2021 nebst Ergänzung aus dem Änderungsantrag:

**Beschlussvorschlag:**

## **Resolution des Kreistags Oder-Spree an die Landesregierung - Finanzielle und personelle Unterstützung für Kommunen im Umfeld von Tesla**

Die Landesregierung hat den Kommunen im „Kooperationsraum“ um die Ansiedlung von Tesla mehrfach finanzielle und auch personelle Unterstützung zur Durchführung der durch die Ansiedlung von Tesla mit zusätzlichen Planungen für soziale und Verkehrsinfrastruktur belasteten kommunalen Verwaltungen zugesagt. Darüber hinaus bedarf es unstreitig der Unterstützung bei den zusätzlichen daraus resultierenden Investitionen, die aus den kommunalen Haushalten der Region nicht zu finanzieren sind.

Mit dem am 31.03.2021 veröffentlichten „Landesplanerischen Konzept zur Entwicklung des Umfeldes der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide (Mark)“ hat die Landesregierung nicht nur nachgewiesen, dass es durch die Ansiedlung von Tesla induzierte, zusätzliche Bedarfe an Wohnbauflächen, Wohnungsbau und Gewerbeflächen gibt, sondern sie hat diese Anforderungen auch gemeinschaftlich für die erste Ausbaustufe der Fabrik bis zum Vollausbau ausgewiesen und fordert von den beteiligten Kommunen eine rasche Umsetzung. Dies ist jedoch ohne eine finanzielle und auch personelle Unterstützung der angesprochenen Kommunen nicht zu leisten.

Der Kreistag hatte den Landrat am 12. Februar 2020 beauftragt, „gegenüber den Aufgabenträgern die Forderung nach der zügigen Umsetzung der Entlastung der Gemeinde Neu Zittau und der Stadt Erkner vom Durchgangsverkehr zu bekräftigen“ und festgestellt: „In Aussicht stehende Industrieansiedlungen dürfen nicht zu einer weiteren Zuspitzung der bereits bestehenden unzumutbaren Belastungen für die Bevölkerung führen.“

Dem „Sachstandsbericht über die Begleitung der Tesla-Ansiedlung in Grünheide (Mark) durch die Kreisverwaltung Oder-Spree“ ist nunmehr zu entnehmen, dass der Landrat diesem Auftrag nachgekommen ist. Das Ergebnis ist jedoch unbefriedigend. Von Seiten des Landesbetriebs Straßenwesen Brandenburg wird derzeit nicht geplant, entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

### **Beschluss:**

Der Kreistag Oder-Spree fordert die Landesregierung auf, den mit dem „Landesplanerischen Konzept zur Entwicklung des Umfeldes der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide (Mark)“ nachgewiesenen und seitens der Gemeinsamen Landesplanung auch von den Kommunen des „Kooperationsraums“ mindestens indirekt geforderten zusätzlich erforderlichen Leistungen und Investitionen der Kommunen Rechnung zu tragen und kurzfristig Zuschüsse und weitere Unterstützungsleistungen an die betroffenen Kommunen über eine zeitlich nicht befristete Förderrichtlinie umzusetzen.

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree fordert den Ministerpräsidenten und die Landesregierung weiterhin auf, dafür Sorge zu tragen, dass ihre nachgeordneten Landesbehörden den berechtigten Interessen der Betroffenen Rechnung tragen und sie mit entsprechenden Maßnahmen zu beauftragen.

### ***Mehrheitlich zugestimmt***

*Ja 14 Nein 13 Enthaltung 13*

**Zu TOP 10      Beratung und Beschlussfassung: Effektive Beseitigung illegaler Müllablagerungen, Vorlage: 15/SPD/2021**

Frau Meyer informiert die Anwesenden über das Ergebnis der Behandlung des Sachverhaltes im Fachausschuss KWU. Die Aufgabenträger müssten sich verständigen, mehrere Möglichkeiten stünden zur Diskussion. Sie verweist auf den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der unter anderem die Vorlage eines Quartalsberichtes vorsehe, der die Verständigung mit den Kommunen widerspiegeln sollte.

Frau Scheufele ergänzt, dass es bereits Lösungsansätze gäbe, jedoch oftmals die Zuständigkeit unklar sei. Andererseits müsse an das Umweltbewusstsein der Bürger appelliert, Strukturen und eine Systematik zum Umgang mit herrenlosen Abfällen erarbeitet werden.

Herr Aulich bringt zum Ausdruck, dass er kein Ziel des Antrages erkenne, da die Kommunen und der Landkreis die Problematik kennen würden. Er sehe eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Kommunen. Die Abfallgebührensatzung sei bereits beschlossen worden; jedoch ergäben sich daraus keine attraktiven Angebote, um das Bewusstsein der Bürger zu beeinflussen.

Herr Luhn widerspricht; die Satzung des KWU würde klare Richtlinien vorgeben und die Verantwortlichkeit der Kommunen für Ordnung und Sauberkeit in ihren Bereichen stehe außer Frage. Er spreche sich dagegen aus, das Problem in den Aufgabenbereich des KWU zu verlagern. Anderenfalls müssten die Gebühren angehoben werden.

Herr Dr. Stiller unterstützt den Antrag. Seine Erfahrungen aus dem Bereich der Mülldeponie seien erschreckend. Es ginge nicht nur darum, Müll einzusammeln, sondern um die Herangehensweise. Er verspreche sich ein positives Ergebnis aus den Gesprächen zwischen Landkreis, Kommunen, Bürgern und KWU.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung über den Antrag mit der Ergänzung aus dem Änderungsantrag.

**Beschlussvorschlag:**

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, mit den Kommunen des Landkreises praktikable und unbürokratische Lösungsansätze für eine zügige und effektive Beseitigung von illegalen Müllablagerungen zu erarbeiten. Dabei ist der Eigenbetrieb KWU Entsorgung einzubeziehen.

Bis zum Ende des II. Quartals 2022 ist dem Kreistag ein Bericht zum Ergebnis vorzulegen. Dieser soll einerseits die Kommunikationsstrukturen zwischen den einbezogenen Stellen und deren Systematik transparent machen. Andererseits soll daraus ein Handlungsvorschlag mit Kostenrahmen hervorgehen, der auch Präventionsansätze, wie Umweltbildung und andere Maßnahmen enthält.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 8*



**Zu TOP 11      Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung des Kreisstrukturfonds  
von 1 Mio. Euro auf mind. 2 Mio. Euro bis zu 3 Mio. Euro  
Vorlage: 19/Fraktionen/21/1**

Herr Losensky bezieht sich auf das eindeutige Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss und seine im Vorfeld geführten Gespräche u. a. mit den Fraktionsvorsitzenden, dem Kämmerer der Stadt Beeskow und den Verantwortlichen des Landkreises, um Möglichkeiten zu finden, wie die Kommunen finanziell unterstützt werden könnten. Der nunmehr vorliegende Antrag sei besprochen worden und hätte Zustimmung gefunden.

Das eingegangene Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Beeskow könne er daher nicht verstehen.

Herr Dr. Pech schließt sich seinem Vorredner an und nimmt Bezug auf das erwähnte Schreiben des Bürgermeisters. Der Brief betreffe inhaltlich das Verwaltungsverfahren zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Der Kreistag befasse sich jedoch mit einer Initiative der Fraktionen des Kreistages gegenüber der Kreisverwaltung und der Aufstellung des Kreishaushaltes. Daraus ergäbe sich ein Auftrag an die Verwaltung, entsprechend in die Planung zu gehen. Das berühre nicht die vereinbarten und weiterhin einzuhaltenden Verfahrensweisen im Umgang des Kreises mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden.

Herr Aulich bringt zum Ausdruck, dass er den Antrag unterstütze. Jedoch moniere er den Umgang mit seiner Fraktion AfD, die bei der Unterzeichnung des Antrages unberücksichtigt gelassen worden sei.

Herr Papendieck weist darauf hin, dass die Kommunen unterstützt werden sollten, die Projekte umsetzen möchten, bei denen einerseits Fördermittel fließen und andererseits der Eigenanteil aus dem Kreisstrukturfonds ersetzt werden könnte. Da ziele auf die finanziell benachteiligten Kommunen ab. Das sollte bei der Vergabe der Finanzen Berücksichtigung finden.

Herr Dr. Zeschmann unterstützt den Antrag und sieht darin einen ersten positiven Schritt bei der Unterstützung der benachteiligten Kommunen.

Herr Lindemann bringt zum Ausdruck, dass er in dem Schreiben des Bürgermeisters einen Hinweis sehe, dass es keinen nachvollziehbaren Verständigungsprozess zum Umgang mit dem Kreisstrukturfonds gegeben habe. Sein Bemühen ginge seit Jahren in die Richtung, einen einvernehmlichen Umgang mit den Kommunen zu pflegen. Er sehe es notwendig, vor Beschlussfassung einen Abstimmungsprozess mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu führen.

Herr Losensky ergänzt seine einführenden Worte, dass seine weiteren Versuche, mit dem Kämmerer Stadt Beeskow Gespräche zu führen, aus nicht nachvollziehbaren Gründen ins Leere gelaufen seien. Er hätte mit Amtsdirektoren telefoniert und das Einverständnis zur Verfahrensweise erhalten. Mehrmals wurde das Vertrauen in die Arbeit der Kreistagsabgeordneten betont.

Herr Dr. Pech nimmt Bezug auf seine Worte und weist darauf hin, dass in dem Antrag ein Arbeitsauftrag für den Kämmerer zu sehen sei, nämlich dem Kreistag einen Haushalt vorzulegen, der diesen Posten enthalte. Anderenfalls würde dieser Posten fehlen. Wenn es Einsprüche im Nachhinein dagegen gäbe, wäre das ein Teil des Verfahrens. Es könne nicht der Grund sein, den Antrag nicht zu beschließen.

Herr Dr. Zeschmann unterstreicht, dass der gemeinsam erarbeitete Antrag beschlossen und nicht mit Widersprüchen versehen werden sollte.

Um Abstimmung über den Antrag wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Erhöhung des Strukturhilfefonds von 1 Mio. Euro auf 2,6 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2022

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 1*

**Zu TOP 12      Beratung und Beschlussfassung: Fahrradweg von Diehlo bis Möbis-  
krüge straßenbegleitend zur L 43, Vorlage: 20/AfD/2021**

***zurückverwiesen***

**Zu TOP 13      Beratung und Beschlussfassung: Neufassung der Geschäftsordnung  
des Kreistages, Vorlage: 21/DIE LINKE.PIRATEN/21**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Einladung zum Geschäftsordnungs- und Petitionsausschusses am 04.10.2021 bereits erfolgt sei. Zu diesem Termin würden die Vorschläge für die Änderung der Geschäftsordnung besprochen werden, so dass die neue Geschäftsordnung im Kreistag im Dezember beschlossen werden könnte. Ebenso gebe es einen Ergänzungstermin, falls am 04.10. keine abschließende Bearbeitung erfolgen sollte.

Herr Dr. Pech betont, dass mit dem Antrag ein fester Termin fixiert werden sollte, um die überarbeitete Geschäftsordnung kurzfristig auf den Weg zu bringen. Er könnte sich damit einverstanden erklären, aufgrund des Umfangs einen weiteren Sitzungsverlauf abzuwarten und die Beschlussfassung im Kreistag spätestens im Februar 2022 durchzuführen.

Herr Dr. Berger bringt zum Ausdruck, dass er davon ausgehe, dass die Beratung am 04.10. sowie der Ergänzungstermin am 25.10. ausreichen sollten, die umfangreichen Vorschläge zu diskutieren und dem Kreistag im Dezember eine Endfassung vorzulegen.

Herr Dr. Pech stimmt zu, dass aufgrund der geschilderten Verfahrensweise keine Beschlussfassung über den Antrag erforderlich ist.

***ohne Abstimmung***

- Pause -

**Zu TOP 14      Beratung und Beschlussfassung: Betriebssatzung für den Eigenbetrieb  
Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung KWU  
Vorlage: 031/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung (KWU).

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 15      Beratung und Beschlussfassung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung (AES)  
Vorlage: 034/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung – Abfallentsorgungssatzung – vom 29.09.2021.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 2*

**Zu TOP 16      Beratung und Beschlussfassung: Änderung des Beschlusses „Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Grund- und Gesamtschule Bad-Saarow“, Beschluss-Nr.: 45/27/97 vom 18.06.1997  
Vorlage: 027/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag hat die Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Grund- und Gesamtschule Bad-Saarow durch den Landkreis Oder-Spree unter dem Vorbehalt beschlossen, dass eine Verwaltungsvereinbarung zur Zahlung eines Schulkostenbeitrages zwischen dem Landkreis Oder-Spree und dem Schulträger geschlossen wird.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 17      Beratung und Beschlussfassung: Änderung des Beschlusses „Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Gesamtschule Müllrose“, Beschluss-Nr.: 17/27/97 vom 18.06.1997  
Vorlage: 028/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag hat die Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Gesamtschule Müllrose durch den Landkreis Oder-Spree unter dem Vorbehalt beschlossen, dass eine Verwaltungsvereinbarung zur Zahlung eines Schulkostenbeitrages zwischen dem Landkreis Oder-Spree und dem Schulträger geschlossen wird.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 18      Beratung und Beschlussfassung: Änderung des Beschlusses „Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Gesamtschule Storkow“, Beschluss-Nr.: 37/27/97 vom 18.06.1997, Vorlage: 029/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag hat die Ablehnung der Übernahme der Trägerschaft der Gesamtschule Storkow durch den Landkreis Oder-Spree unter dem Vorbehalt beschlossen, dass eine Verwaltungsvereinbarung zur Zahlung eines Schulkostenbeitrages zwischen dem Landkreis Oder-Spree und dem Schulträger geschlossen wird.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 3*

**Zu TOP 19      Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss für die Sanierung und Erweiterung der Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde, Vorlage: 030/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung der grundhaften Erneuerung, des Teilumbaus, der Umnutzung der Flächen sowie der Errichtung eines Erweiterungsbaus an der Juri-Gagarin-Oberschule in Fürstenwalde zu beauftragen.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 20      Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6744, Abschnitt 015, freie Strecke Dahmsdorf – Reichenwalde und eines Teils der OD Dahmsdorf in der Gemeinde Reichenwalde, Vorlage: 036/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung der Erneuerung der K 6744, Abschnitt 015, vom Ende der Kreuzung in der OD Dahmsdorf km 3,490 bis OA Reichenwalde vor der Mittelinsel km 6,509 auf einer Gesamtlänge von ca. 3019 m.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 21      Beratung und Beschlussfassung: Grundsatz- und Baubeschluss zum Neubau Radweg - Alte Poststraße in Erkner, Vorlage: 032/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren planerischen Vorbereitung und baulichen Realisierung des Radweges - Alte Poststraße in Erkner mit einer Länge von ca. 2,4 km.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 1*

**Zu TOP 22      Beratung und Beschlussfassung: Grundsatzbeschluss für die Errichtung eines Übungsgeländes für das Feuerwehr- und Katastrophenschutz Technische Zentrum (FKTZ), den Umbau einer Klimazentrale zu Aufenthaltsräumen sowie die Erweiterung bestehender Außenanlagen für das Archiv-, Lese- u. Medienzentrums (ALM), Vorlage: 041/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, die Verwaltung mit der Weiterführung der Planung für die Errichtung eines Übungsgeländes für das Feuerwehr- und Katastrophenschutz Technische Zentrum (FKTZ), den Umbau einer Klimazentrale zu Aufenthaltsräumen, sowie die Erweiterung bestehender Außenanlagen für das Archiv-, Lese- und Medienzentrums (ALM) zu beauftragen.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 0*

**Zu TOP 23      Beratung und Beschlussfassung: Förderung der denkmalpflegerischen Einzelmaßnahme Moorstraße 10 in Bad Saarow, Einzeldenkmal „Atelierhaus Thorak“, Vorlage: 037/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, auf den Antrag vom 27. Juli 2021 eine Zuwendung in Höhe von 12.300,00 € aus den Haushaltsmitteln der Denkmalförderrichtlinie bereitzustellen. Der Landrat wird beauftragt, den Antrag entsprechend der Denkmalförderrichtlinie in der derzeit gültigen Fassung in der genannten Höhe zu bescheiden.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 3*

**Zu TOP 24      Beratung und Beschlussfassung: Beteiligung des Landkreises Oder-Spree an der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH, Vorlage: 035/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

## **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt:

1. die unmittelbare Beteiligung des Landkreises Oder-Spree an der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH mit einem Anteil an der Stammeinlage in Höhe von 10.000,00 Euro;
2. den beigefügten Gesellschaftsvertrag der Naturwelt Lieberoser Heide GmbH.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 6*

### **Zu TOP 25 Beratung und Beschlussfassung: Erhöhung des Stammkapitals der Seniorenheime des LOS gGmbH, Vorlage: 039/2021**

Herr Schink fragt nach, welche Verwendung der finanziellen Mittel vorgesehen sei. Er könne aus den Unterlagen nicht erkennen, warum das Stammkapital erhöht werden müsse.

Herr Buhrke antwortet, dass durch die Corona-Pandemie eine Verzögerung im Bauablauf zu verzeichnen sei; die Mehrkosten des Baues habe die GmbH aus der Liquidität genommen und nicht durch Kredit finanziert. Dieser Kreistagsbeschluss sollte die entstandene Lücke schließen, da die Einnahmen für gewisse Pflegebereiche weggefallen seien. Im Hinblick auf die künftigen Maßnahmen, insbesondere die Erweiterung der Investition für die Errichtung eines neuen Standortes in Eisenhüttenstadt, sei die Entscheidung auf die Erhöhung des Kapitals – entgegen einer Kreditbelastung – gefallen. Somit bliebe die Kreditsicherheit.

Herr Schink merkt an, dass es weitere Pflegeeinrichtungen mit den gleichen Problemen gebe, die jedoch diesen Bonus nicht hätten. Er sehe hier einen unfairen Vorteil, weswegen er nicht zustimmen könne.

Herr Dr. Zeschmann nimmt Bezug auf seinen Vorredner; das Problem der Konkurrenz mit sich frei am Markt bewegenden anderen Unternehmen bestehe schon seit Jahren. Er empfehle eine rechtliche Prüfung, inwieweit die kommunale Ebene eingreifen dürfe. Einer Refinanzierung über die zu zahlenden Pflegesätze stehe er kritisch gegenüber, da er die Kalkulation nicht kenne.

Da die Situation sich z. B. in Eisenhüttenstadt sehr schwierig gestalten, sei dieser Vorschlag eingebracht worden, so Herr Papendieck. Die kommunale Daseinsvorsorge zielt darauf ab, für alle Menschen gleiche Lebensbedingungen zu schaffen. Die Investition in Eisenhüttenstadt müsse für finanziell benachteiligte Bürger des Landkreises aus kommunaler Hand erfolgen, um für diese einen Platz im Seniorenheim zu schaffen.

Herr Buhrke informiert, dass eine wirtschaftliche Prüfung stattgefunden hätte, um einen Vorteil auszuschließen. Die Unterlagen könnten eingesehen werden. Zu den Fragen des Eingriffes in den Wettbewerb und der Refinanzierung hätte die Geschäftsführerin bereits im Vorfeld Stellung genommen.

Herr Schink bedankt sich für die Ausführungen und erkenne, dass er nunmehr zustimmen könne.

Um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt der Erhöhung des Stammkapitals der Seniorenheime des LOS gGmbH in Höhe von 764.000.- € zu und genehmigt damit gleichzeitig eine außerplanmäßige Auszahlung in dieser Höhe. Er beauftragt die Verwaltung als alleinige Gesellschafterin, den entsprechenden Kapitalerhöhungsbeschluss in der Gesellschafterversammlung zu fassen und die Kapitalerhöhung vorzunehmen.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 3*

**Zu TOP 26      Beratung und Beschlussfassung: Außerplanmäßige Auszahlungen für Planungsleistungen für die Errichtung einer Radwegeüberführung über die L 38, Abs. 110, zwischen Station 2,0 und 2,2  
Vorlage: 040/2021**

Herr Heisel bringt zum Ausdruck, dass die Gigafabrik Tesla bereits mit enormen Mitteln gefördert wird und durch die Radwegeüberführung für diese ein weitgehender Nutzen entstehe. Er sehe hier eine Kofinanzierung und er werde sich der Stimmen enthalten.

Frau Scheufele befürwortet den Radwegeausbau, bringt aber im Zuge der Nachhaltigkeit Bedenken zur Verbreiterung der Autobahn zum Ausdruck.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht; um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Beschluss zur Bereitstellung von außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 194.600 € für das Haushaltsjahr 2021 für die Errichtung einer Radwegeüberführung über die L 38, Abschnitt 110, zwischen Station 2,0 und 2,2.

***einstimmig zugestimmt***

*Nein 0 Enthaltung 3*

**Zu TOP 27      Beratung und Beschlussfassung: Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree für das Jahr 2022, Vorlage: 026/2021**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt den Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2022.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 0*

**Zu TOP 28      Veränderungen in den Ausschüssen/Information des Landrates**

Es liegen keine Veränderungen in den Ausschüssen vor.

Der Landrat informiert im Anschluss über ein an ihn herangetragen Problem zum Schulbetrieb in der Gemeinde Schöneiche. Es bestünden unerträglich Zustände an der Grundschule durch einen massiven Lehrerausfall. Er habe sich daraufhin mit Herrn Dr. Steinke vom Staatlichen Schulamt auseinandergesetzt und dieser teilte inzwischen mit, dass die Situation seit dem 27.09.2021 behoben worden und mit einer Entspannung zu rechnen sei.

**zur Kenntnis genommen**

Herr Dr. Berger beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung.

Dr. Franz H. Berger  
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer  
Protokollantin